

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 696

Die verfassungsrechtliche Belastungsgrenze der Unternehmen

Dargestellt am Beispiel der Personalzusatzkosten

Von

Walter Leisner



Duncker & Humblot · Berlin

WALTER LEISNER

**Die verfassungsrechtliche Belastungsgrenze
der Unternehmen**

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 696

Die verfassungsrechtliche Belastungsgrenze der Unternehmen

dargestellt am Beispiel der Personalzusatzkosten

Von

Prof. Dr. Walter Leisner



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Leisner, Walter:

Die verfassungsrechtliche Belastungsgrenze der Unternehmen :
dargestellt am Beispiel der Personalzusatzkosten / von Walter
Leisner. – Berlin : Duncker und Humblot, 1996

(Schriften zum öffentlichen Recht ; Bd. 696)

ISBN 3-428-08740-2

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1996 Duncker & Humblot GmbH, Berlin


Fremddatenübernahme und Druck:

Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0582-0200

ISBN 3-428-08740-2

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 

Vorwort

Diese Untersuchung gilt einer grundsätzlichen Frage des Wirtschaftsverfassungsrechts von gegenwärtig außerordentlicher Aktualität: Läßt das Grundgesetz es zu, daß die Betriebe immer weiter mit gesetzlichen Lohnzusatzkosten für den Einsatz der Arbeitnehmer belastet werden – oder gibt es dafür Verfassungsschranken? Muß solche nicht ein Gesetzgeber achten, der vor allem durch ständige Steigerungen der Sozialversicherungsbelastungen eine Situation geschaffen hat, aufrechterhält, ja laufend verschärft, in der zahllosen, vor allem mittelständischen, aber auch größeren deutschen Unternehmen der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit droht, gegenüber den EU-Partnern, ostdeutscher, amerikanischer oder asiatischer Konkurrenz? Dies ist als die schwerste Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland, für die Arbeitsplätze in diesem Lande bereits erkannt worden. Schweigt hier wirklich die Verfassung, überläßt sie insbesondere die Entwicklung der Sozialbelastungen dem Gestaltungsbelieben des Gesetzgebers?

Daß die Sozialversicherung in gegenwärtiger Ausdehnung und Intensität voll nicht aufrechterhalten werden kann, ist schon ein ökonomischer Gemeinplatz. Hier soll gezeigt werden, daß der gegenwärtige Zustand auf Entwicklungen beruht, deren Korrektur die Verfassung nicht nur zuläßt, sondern tendenziell verlangt. Damit wird das Grundgesetz nicht überfrachtet: Wer ihm in einer so dramatisch sich zuspitzenden Lage keine Aussage entnehmen will, läßt es verkümmern zu einer Sammlung politischer Spruchweisheiten ohne Bezug zu drängender Aktualität.

Dem Verfasser ist bewußt, daß er hier in vielem Neuland betreten muß; doch er weiß sich darin nicht allein.

Die Arbeit ist aus einem Rechtsgutachten entstanden, das für den Bayerischen Handwerkstag erstattet wurde; gerade für viele Handwerksbetriebe werden ja die Lohnzusatzkosten immer mehr zur Existenzbedrohung.

München, im Dezember 1995

Walter Leisner

